

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verleger Hr. 133

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Ferienpreis Nr. 923

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.00, monatlich 35 Hg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Hg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Hg., auswärtige Anzeigen 30 Hg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 7 Uhr vormittags, größere längs vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135

Donnerstag, den 14. Juni 1906.

13. Jahrg.

Steige eine Beilage.

In die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Genesfelder Bund (Verband der Lithographen und Steinbrucker) ist durch ein in der Arbeiterbewegung unerhörtes Vorkommnis gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steinbrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 3000 Lithographen und Steinbrucker und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichteten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1-3 Mk. freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm aufgezwungenen Kampf führen können, ohne fremde Hilfe zu bedürfen.

Da erhielten die Unterzeichner Hilfe aus Arbeiterschaften. Von 31 Mitgliedern des Genesfelder Bundes ist im Auftrage von 400 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Genesfelder Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steinbrucker die Beiträge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund, das Recht an den Unterstützungen sichern wollten, Klage auf Ungültigkeitserklärung der Statutenbestimmungen des Verbandes erhoben, welche sie zur Zahlung der Beiträge für die Gewerkschaftskasse verpflichten. Die Klage wurde von dem Landgericht in Frankfurt am Main im Wege zugunsten der Kläger entschieden. Damit aber nicht genug. Die Klageführenden „Kollegen“ beantragten dann weiter bei dem Landgericht die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Verbandes und das Landgericht hat durch Verfügungsbefehl vom 1. Juni d. J. nicht nur das für Unterstützungszwecke reservierte, sondern das Gesamtvermögen des Verbandes festgelegt und dem Verbandesvorstand bei hoher Strafe jede amtliche Handlung untersagt.

Der Schlag, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unterzeichner mit der Aussperrung und sie geben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei.

Diese Hoffnung soll zu Schanden werden. Die Sitzung der Aussperrung ist klar von den Berliner Lithographen und Steinbruckern eingehend kommentiert und es ist auch Vorkehrung getroffen, daß den Ausgesperrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell beizutragen, und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandsverbandes und nach Zustimmung der Vorstände der Reichsverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Berliner Gewerkschaftsverbandes eine Sammlung für die Ausgesperrten auszusprechen.

Wir richten an die Gewerkschaftskassen des Reiches, sofort die Sammlung einzuleiten und ermahnen von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgesperrten die Hilfe nicht versagen wird.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

H. Rube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.
Ueber die eingehenden Beiträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einzahlenden nicht zugestellt.

Mit Gruß
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Berlin, 12. Juni 1906. E. Legien.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber die Verteuerung des Reisens durch die Fahrkartensteuer hört man jetzt laut und die „Kreuzzeitung“, das führende Organ derselben Konfessionen, mit deren Hilfe die ungeheure Steuer vom Reichstage beschlossen worden ist. Die Steuer und die geplante Personaltarifreform, meint die „Kreuzzeitung“, würde bewirken, daß eine sehr große Zahl der Reisenden, um der Verteuerung zu entgehen, eine niedrigerere als die bisher bezogene Klasse nimmt. Das würde die Eisenbahnverwaltung am unangenehmsten empfinden, denn derartige Verkehrsverschiebungen verursachen Schwierigkeiten, Mehrausgaben und Mindereinnahmen. — Andere Leute haben daselbe gesagt, bevor es zu spät war!

Grenzheute. Wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, berichtet der „Gesellige“, daß in Bladislawa (Neustadt) bei Schirwindt an der preussisch-russischen

Grenze ein russischer Sozialist, der in einer geheimen Versammlung revolutionäre Reden gehalten hatte und bei der Polizei denunziert worden war, als er sich vom Militär verfolgt sah, Selbstmord verübte, indem er sich mit einem Messer den Bauch aufschnitt. — Aus der Notiz geht leider und wahrscheinlich sehr absichtlich nicht hervor, wo sich der Vorfall genau abspielte und ob hier nicht wieder eines jener inhumanen Grenzverbrechen vorliegt, durch welche die russischen politischen und militärischen Bluthunde schon so viel edles Menschenleben in den Tod getrieben haben. Für die vorurteillose Befahrung der deutschen bürgerlichen Presse den russischen Revolutionären gegenüber ist es charakteristisch, daß sie diesen grausigen Vorfall zum Teil einfach registriert als „Charakter eines Sozialisten.“

Unsere innere Lage erachtet die „Neuzeitung“ als eine schlimme. Und weshalb? Etwas weil das arbeitende Volk eine neue Steuerlast aufgedrückt bekommen hat? Nein! Weshalb nicht. Das Junkerblatt hat andere Gründe, so zu urteilen: „Die Parteiverhältnisse im Reichstage sind so quartel, daß die Gefahr der Demokratisierung unserer Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung stetig wächst und diese Demokratisierung ständige Fortschritte macht. Die Demokratisierung bedeutet aber für uns eine innere Schwächung und damit zugleich eine Schwächung unserer Widerstandskraft nach außen. Das ist der Grund, weshalb wir dringend erfordern, wenigstens den Einzelstaaten, insbesondere dem größten deutschen Staat, dem Reich, daß, wenn das Reich nicht bestände, nach außen eine lästige selbständige Politik entwickeln und sich im Notfall alle in seiner Haut wehren könnte, die Erhaltung einer kräftigen Entscheidung zu sichern. Man mag das preussische Partikularkaisertum nennen. Das sieht uns nicht an, denn wir werden uns den preussischen wie jeden anderen einzelstaatlichen Partikularkaisertum gern gefallen lassen, wenn er dem großen deutschen Vaterlande zu gute kommt. Und das geschieht, wenn er verhindert, daß die Demokratisierung des Reiches auch auf die Einzelstaaten ausgedehnt wird. Diesen Versuch wird leider von den berufenen Stellen nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten. Selbstverständlich kann bei diesen nicht von bösem Willen die Rede sein. Aber bei ihnen scheint die Erkenntnis zu fehlen, daß in dem Augenblick, in dem das Reich seine formale Zuständigkeit verliert, nur auch zur in einem untergeordneten Punkte in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten eingegriffen, ihnen bei bedeutungsvollen Eingriffen von vorneherein die Widerstandskraft gekürzt ist. In der Haltung der verbündeten Regierungen, insbesondere der preussischen, zu dem vielbesprochenen § 5 des Matrikulargesetzes liegt für unsere Demokratie und ihre Verbündeten geradezu ein Verbot, auf eine demokratische Umgestaltung des Wahlrechtes der Einzelstaaten von Reichswegen hinzuwirken. Was geschehen würde, wenn unter dem Zwange der Reichsgesetzgebung auch in Preußen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt werden müßte, brauchen wir nicht auszusagen. Der letzte und stärkste Grundpfeiler des Deutschen Reiches würde untergraben sein, und die Zeiten könnten wiederkehren, in denen das Ausland die Geschicke unseres Vaterlandes lenkt.“ — Die angebliche Furcht des Junkerblattes vor dem Ausland ist selbstverständlich nur Furchtel. Unsere demokratischen — auch leider so schwächlich demokratischen — Einrichtungen werden nicht in Konflikt mit dem Ausland bringen. Wohl aber droht die Gefahr von dem Ueberwachen des persönlichen Regiments, das zu verhindern unsere Einrichtungen nicht demokratisch genug sind. Was die Junker besorgt macht, ist nur das Bewußtsein, daß mit der Aufrechterhaltung des reaktionären Systems in Preußen ihre Machtposition nicht überfällt. Sie sollen sich alle heuchlerischen Tränen sparen, die jeder verständige Mensch doch als Protobildstränen erkennt.

Ein Erfolg des Kaiserbesuches in Wien. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky und Voegenborff ist der Kronenorden I. Klasse verliehen worden.

Zum Fall Schöne-Brodhufen teilt der „Vorwärts“ in einer neuen Polemik gegen alberne Schwindereien der „Post“ mit, daß in dem sogenannten Ermittlungsverfahren, das in der Sache eingeleitet wurde, versucht worden ist, Bezuge zur Abgabe eines falschen Zeugnisses zu bewegen. Der „Vorwärts“ fügt hinzu, daß für diese Behauptung in einem Gerichtsverfahren „phonographisch getreue Beweismittel“ beigebracht werden können. Zur Erheiterung unserer Leser sei übrigens auch noch wiederzugeben, was in einer ihrer neuesten Nummern die „Post“ über die Schöne-Affäre zusammenschwubelt. Mit der Bemerkung, daß ihr die gleichen „Informationen“ zugegangen seien, brucht sie aus der „Neuen militärpolitischen Korrespondenz“ folgenden Witz ab: „In der amerikanischen Presse macht zurzeit eine ganz neue Darstellung des Schöne-Brodhufen-Falles die Runde. Die immerhin auffällige Version stammt von dem Berliner Korrespondenten eines durchaus erstklassigen und weiß sehr gut informierten

Dante-Blattes, das gelegentlich seine Wissenschaft auch aus untrüglicher Quelle schöpft. Die viel erörterte Angelegenheit stellt sich nach diesem Bericht als eine sorgfältig vorbereitete Falle dar, die der Berliner Polizei von den Parteileitern der Sozialdemokratie gelegt worden ist. Man hat danach anscheinend dem Polizeikommissar Schöne zu verstehen gegeben, daß der russische jüdische Kaufmann, der in der Bahlade die Hauptrolle spielt hat, Polizeiblenke für die preussische Regierung annehmen wolle. Als dann Schöne in die Wohnung des Russen kam, um ihn den — auf einen Christen aufgestellten — Paß selbst zu übergeben, und den Russen für seine Aufgabe mündlich instruierte, soll der Reichstagsabgeordnete Singer mit anderen Genossen und zwei Senatoren im Reichstag verborgen gewesen sein und die ganze Verhandlung überhört und schriftlich aufgenommen haben. — Also die arme Sozialdemokratie ist es gewesen, die den armen, unschuldigen Kommissar Schöne (bied Klud, kein Engel ist so rein!) zu seinen Verbrechen angeflist hat — um der Polizei ein auswärtiges zu können! Wir sind die Parteileiter des Reichstages zum Hochverrat gegen die russische Regierung! Wir gehören also eigentlich für die Taten des Schöne ins Buchhaus! Was zu beweisen war. Es ist kaum nötig, besonders zu bemerken, daß auch die Preisziehung des Genossen Singer in die Affäre nichts anderes ist, als ein ganz plumper Schwindel des politischen Hintermannes der „Post“.

Ankündigung.

„Wir bleiben!“ Die russische Regierung setzt der laut und deutlich ausgesprochenen Aufforderung der Duma: „Entfernet Euch!“ die Propaganda der Rhinogrobildfertigkeit entgegen und erklärt: „Wir bleiben!“ Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: „Die Wiener Politische Korrespondenz“ veröffentlichte ein Telegramm ihres Petersburger Korrespondenten, in dem der Rücktritt des Ministeriums Goremjlin als angeblich entschiedene Sache gemeldet wurde. Heute brachte die „Wischewija Wjedomosti“ an der Spitze ihrer Abendausgabe seit gedruckt die Nachricht: „Das Kabinett Goremjlin hat gestern Abend demissioniert; die Entscheidung ist noch nicht bekannt.“ Sowohl die telegraphische Meldung des Wiener Blattes wie die Mitteilung der „Wischewija Wjedomosti“ gehören zu jeder Art von Sensationsgeschichten, deren Authentizität sich nicht bestätigen; in den höheren Kreisen ist von dem Rücktritt Goremjlin und seiner Kollegen im Ministerium auch nicht einmal die Rede gewesen.“ — Die Duma muß also dieser Regierung gegenüber noch kräftigere Töne anschlagen, als es bisher geschehen ist.

Ein skandalöser Gewaltakt. In Saratow gingen auf der Nikolajstraße um 10 Uhr abends zwei junge Mädchen. An der Ecke der Samojewstraße sieht ein Wächter und ein Schutzmann. Als die Mädchen vorbeigehen wollen, fragt der Schutzmann den Wächter: „Soll man sie anschließen?“ „Doch damit!“ Der Schutzmann erhob sich und gab einen Schuß ab. Die Kugel durchdrang den Armel der Bluse und verwundete die Hand.

Revolutionäre Offiziere. In den letzten Tagen wurden wegen Teilnahme an einem geheimen militärischen Verbands acht Offiziere der Petersburger Garnison verhaftet.

Wahlsiege der Sozialdemokratie. Der „Russische Kurier“, eine liberale Korrespondenz, berichtet: Die jetzt im Kaukasus stattfindenden Reichstagswahlen bringen der russischen Sozialdemokratie einen unerwartet glänzenden Sieg. Fast in allen kaukasischen Wahlbezirken siegten die Sozialdemokraten, und die vereinten Kräfte der anderen Parteien, selbst die der „Radikalen“, vermochten den Triumph der Sozialdemokraten nicht aufzuhalten. Gleichzeitig meldet diese Korrespondenz über die Wahlen in Sibirien: Dort haben selbst in solchen Städten, wo noch bis vor kurzem von einer größeren Agitation der Sozialdemokraten nichts zu merken war, durchweg sozialdemokratische Wahlmänner den Sieg erlangt. Besonders charakteristisch sind in dieser Beziehung die Wahlen in Omsk. Die Einwohner dieser Stadt setzen sich zum größten Teil aus Beamten und Militär zusammen, und doch sind alle vier von der Stadt gewählten Wahlmänner Sozialdemokraten. Das ist die Antwort auf die Repressalien des unerbittlichen Generals Suchotin und des bekannten Vertilgers der „Kramolnik“ (Aufwiegler) Müller-Salomelsh. Selbst die bis dahin regierungsfreundlichen Einwohner der Stadt Omsk waren über die Beruhigungspolitik der zügellosen russischen Behörde derart empört, daß sie die sozialdemokratischen Organisationen einmütig bei ihrer Wahlteilnahme unterstützen. Auch in Krasnojarsk und Tscheljabinsk, wo größere sozialdemokratische Arbeiterorganisationen vorhanden sind, wie überhaupt in Transbaikalien ist ähnliches zu verzeichnen.

Der Einigungskongress unserer russischen Genossen hat in Stokholm stattgefunden, ohne daß Polizei oder nur Fernstehende etwas davon ahnten. Er währte vom 28. April bis zum 8. Mai.

Aus der Duma. Die Dienstag-Sitzung wurde um 11 Uhr 40 Min. eröffnet. Nach Verlesung mehrerer Anträge, betreffend die Interpellationen an die Minister, wurde der Antrag, die Redzeit der einzelnen Abgeordneten in der Agrarfrage auf zehn Minuten herabzusetzen, beschlossen. Nach Ablehnung des letzten Antrages ging das Haus zur Beratung der Agrarfrage über. Die Liste der Redner enthielt noch 117 Namen. Im Laufe der Beratung über die Agrarfrage machte der Abgeordnete Zarkow den Vorschlag, man solle auf die Reden verzichten. Die Duma sei übermüdet und könne nicht länger warten. Dagegen dieser Vorschlag mit anhaltendem Beifall begrüßt wurde, dauerte dennoch der Redeschluss ungewohnter unter allseitiger Anspannung fort.

„Taten“ der Regierung. Die „Novoje Wremja“ meldet, die Regierung habe beschlossen, gegen vierzehn Mitglieder der Reichsduma wegen eines von ihnen an die Arbeiter gerichteten Auftrages, in dem eine Aufreizung der Volksmassen gegen die Regierung zu erblicken sei, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, der Immunität der Abgeordneten wegen aber davon abzusehen, die vierzehn Abgeordneten in Untersuchungshaft zu nehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Massenstreik in Sicht! Nachdem es als fest stehend betrachtet werden kann, daß die Mehrheitsparteien des österreichischen Abgeordnetenhauses gegen den Willen der Regierung die Wahlreform verschleppen wollen, sind unsere Genossen zu der Ueberzeugung gelangt, daß nunmehr die Energie des Proletariats im Kampfe um das Wahlrecht einsehen muß. Die Gesamtparteivertretung erläßt deshalb folgenden Aufruf: Parteigenossen, Arbeiter, Arbeiterinnen in ganz Oesterreich! Das Wort der Wahlreform wird im Wahlreformauschuß aufgehalten durch eine schlechtherrliche, aber nicht minder deutliche Obstruktion. Die Wahlrechtsfeinde wollen nicht, daß der Ausschluß arbeitet. Man scheint zu glauben, daß die Arbeiter sich damit abgefunden haben, die Vereitelung der Wahlreform ruhig, geduldig und ohne Kampf über sich ergehen zu lassen. Es wird immer wahrscheinlicher, daß wir genötigt sein werden, zu beweisen, daß das Gegenteil wahr ist. Arbeiter, ihr könnt darüber beruhigt sein, daß eure Vertrauensmänner die Augen offen haben und euch nicht den richtigen Zeitpunkt verpassen lassen werden. Leider scheint es, daß es ohne große Opfer nicht abgehen wird. Sie möglichst zu vermindern, ist eine unserer wichtigsten Pflichten. Darum hat die Parteivertretung beschlossen, zunächst ein Warnungssignal zu geben, nur im äußersten Notfall den allgemeinen Massenstreik anzukündigen. Darum wird — falls die Dinge weiter gehen wie bisher — in den aller nächsten Wochen eine dreitägige Arbeitsruhe in Wien und nur in Wien einzutreten. Wien ist das Zentrum, ihm obliegt die Ehre und die Pflicht, voranzugehen. Da die Arbeiter aller Gewerbe in allen Ländern außerhalb Wiens ergeht hiermit die Mahnung, sich, mag in Wien was immer geschehen, unter gar keinen Umständen in einen Massenstreik einzulassen, bevor die kompetenten Instanzen das Zeichen gegeben haben. Dieses erste — und letzte — Warnungssignal soll ausschließlich von der Wiener Arbeiterkassette befohlen werden. Wenn die Herren im Wahlreformauschuß zu arbeiten sich weigern, um das Recht des Volkes zu verteidigen, so werden die Arbeiter die Arbeit stehen lassen, um das Recht des Volkes zu erobern. Wir werden sehen, wer es länger aushält. Zeit des Wiener Streiks und alles Nähere wird rechtzeitig kundgemacht werden. Diese heutige, vorläufige Veröffentlichung soll hauptsächlich dazu dienen, den Genossen in allen Provinzen klarzumachen, daß sie sich während des Wiener Streiks ruhig zu halten haben und daß sie mit strengster Disziplin daran festhalten müssen, daß außerhalb Wiens vorläufig weiter gearbeitet werden wird. Parteigenossen allerorts, zügel eure Ungeduld und wartet ruhig, bis die Reihe an euch kommt! Den Arbeitern Wiens brauchen wir heute kein Wort der Ueberhebung zu sagen: Sie werden freudig das Opfer ihrer halben Arbeitswoche bringen und ihre Kampfpflicht in vollem Maße erfüllen, dessen sind wir gewiß! Die Arbeiter Oesterreichs werden sich durch schmutzige Tricks nicht um ihr Recht betrügen lassen. Mag die Krone es dulden, daß eine kleine Bande von Junkern, Advokaten und Lumpenproletariats ihren Willen, der diesmal mit dem Willen und dem Rechte des Volkes einig ist, mißachtet, mag die Regierung zusehen, daß ihre schönen Reden und Beteuerungen verhöhnt werden, die Arbeiter werden sich dem Privilegiengesinde nicht beugen und werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen, mit allen Mitteln und bis zum äußersten! Genossen, ihr wißt nun, was wir zunächst von euch erwarten; tut eure Pflicht! — Am Donnerstag tritt eine Konferenz der politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und der Abgeordneten zusammen, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten. Wir wünschen unseren österreichischen Genossen zu ihrem schweren Kampfe Glück und hoffen, daß sie denselben erfolgreich bestehen werden.

Demonstrationen gegen Ungarn wurden am Sonntag in Wien während der Tagung der ungarischen Delegation vor dem ungarischen Ministerpalais in der Bankgasse veranstaltet. Die Demonstration fand im Anschluß an eine christlich-soziale Volksversammlung statt. Etwa 3000 Demonstranten, welche vor dem Rathaus Possuth in effigie aufhängen, zogen zum ungarischen Ministerium in der Bankgasse, schrien dort: „Nieder mit Ungarn!“ und nahmen eine drohende Haltung an, so daß die Tore geschlossen werden mußten. Kossuth, Weterle und Bichy zeigten sich am Fenster, zogen sich aber bald zurück, worauf Beamte und Diener erschienen, die auf die Demonstranten herunterspuckten. Die Erregung der Menge wuchs, Steine wurden geschleudert, von einem benachbarten Haus wurden Steine geholt und die Fenster damit eingeworfen. Endlich erschienen 60 Mann Wache, die mit Mähe die Demonstranten zerstreuten, welche noch vor das Ministerium des Innern zogen, aber daran erinmert, daß die Demonstration Ungarn gelte, mit Schmährufen auf Ungarn aneinanderzinger. Die Demonstration

gegen Kossuth bestand darin, daß eine Puppe mit großer Schnurhaft an die Gaskatene vor dem Rathaus aufgehängt und darunter ein Zettel mit der Aufschrift „Kossuth“ angebracht wurde. Während des Wärmes wurde die Sitzung der Delegation vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung führte der Delegierte Kozlowitz die Beschlüsse wegen der Wahrung und Beschäftigung der österreichischen Arbeiter, mit im Spiele zu sein. Nach Weterles Rede, daß die Demonstration höherer Dales in Szene gesetzt worden sei. Ministerpräsident Weterle erklärte, man müsse die volle Freiheit der Beratungen der Delegation nach jeder Richtung lassen. Er halte es für ausgeschlossen, daß solche Dinge unter Mitwirkung der österreichischen Regierung geschehen, und ist überzeugt, daß die österreichische Regierung der Demonstration völlig fernstehe. Es möge die Demonstration einer Partei sein, aber er wolle es nicht für berechtigt, die Sache derart hinzuzufügen, als ob dies eine Demonstration des österreichischen Volks wäre. Dasselbe könne er bei Angelegenheit eine besondere Bedeutung nicht beweisen. Mehrere Redner gaben der Ansicht Ausdruck, daß die österreichische Regierung bei der Demonstration nicht die Hand im Spiele gehabt habe. Kozlowitz führte den Antrag, ein Komitee von 4 Mitgliedern zu wählen, welches mit dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und der Regierung die Modalitäten der Begegnung feststelle, zog jedoch, nachdem der Ministerpräsident Weterle diese Art von Begegnung für unmöglich erklärte, seinen Antrag zurück. Der österreichische Ministerpräsident v. Bed erklärte dem ungarischen Kollegen Weterle sein tiefstes Bedauern und fügte hinzu, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden würde, um die Schuldigen zu bestrafen, und gab schließlich die Versicherung ab, daß alles aufgehoben werden würde, damit ähnliche Vorkommnisse sich nicht wieder ereigneten. Bed erbat die Weterle, diese Erklärung auch den anderen Mitgliedern der Delegation mitzuteilen. Eine ähnliche Erklärung wurde Weterle auch vom Minister des Innern abgegeben. Franz Joseph ist ganz entrüstet über den Vorfalle. Er hat in einer Audienz dem Ministerpräsidenten erklärt, daß so etwas nicht vorkommen dürfe.

Schweiz.

Ein agrarischer Wechselbalg, das sog. Lebensmittelgesetz, wurde Sonntag in der Volksabstimmung mit 239 000 gegen 146 000 Stimmen angenommen. Die großen Städte stimmten dagegen. Dieses Gesetz stellt eine neue Bereicherung der Agrarier auf Kosten der Konsumenten dar, die unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung erfolgt. Wie wenig ernst es den Bauern mit der Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung ist, beweist z. B. die Tatsache, daß die Milchfälschungen fast ausschließlich von ihnen selbst verübt werden. Warum es ihnen allein ernsthaft zu tun, ist die Erleichterung oder gänzliche Annullierung der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande, um so eine Monopolstellung im Inlande erlangen und Monopolpreise diktiert zu können. Das Eintreten der Regierung, Wirte, Spezereihändler usw. für das Gesetz macht es den Arbeitern nicht annehmbar. Welche großen Vorteile die Bauern von dem Gesetz für sich erwarten, lassen die 15 000 Franken erkennen, die der Bauernverband zugunsten desselben aufgewandt hat. Die heftigsten Kämpfe wurden seit Wochen um das Gesetz geführt, wobei die städtische bürgerliche Demagogie das höchste für die Agrarier leistete. Leider ist die Mehrheit des schweizerischen Volkes auf den agrarischen Lim gegangen.

Italien.

Bei der Stichwahl, die zur Kammer vorzunehmen war, ist Genosse Rigola unterlegen. Die Niederlage des einzigen Arbeiters im italienischen Parlament ist ein schwerer Schlag für die Partei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 13. Juni.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Antscher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Antscher nicht bewilligt: C. Ewers, Lachswehr-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellärter Antscher darf in demselben Arbeit annehmen.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Biez, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von H. Solst We. ist die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Ueber das Geschäft des Bauunternehmers Schmid in Kasorf ist die Sperre verhängt worden.

Der Serienloschwindel und der Reichstagsabgeordnete Genosse Wolfgang Heine. Bekanntlich hielt es der hiesige Rechtsanwalt Dr. Wittern, der im Nebenamt die Vertretung der Sozialdemokratie als Mitglied des herabstufenden Reichsverbandes betreibt, für angebracht, in der Bürgerchaftssitzung vom 21. Mai mit einigen spitzfindigen Redewendungen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine als Spezialberater der Serienloschwindelgesellschaften zu bezeichnen. Die diesbezüglichen Äußerungen des noch an dem Väterstreit-Vorbeeren gehenden Herrn hatten nach dem amtlichen stenographischen Bericht folgenden Wortlaut: „Ich gebe zu, daß es schwierig ist, die Leute (d. h. die Serienloschwindler) herauszukriegen. Das kommt wohl mit daher, weil sie augenscheinlich juristisch außer-

ordentlich geschickt beraten sind, besonders durch den bekannten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine, der gewissermaßen Spezialist auf diesem Gebiete ist und aus dessen Feder im Wesentlichen die Gesellschaftsverträge, für die die Sache bekannt gemeldet ist, stammen. Aber ich glaube, ein scharfsinniger Staatsanwalt wird sich auch die Schwindler sehr bald zur Verantwortung ziehen können.“ Wenn diese Worte irgend einen Sinn haben, so doch nur den, daß Genosse Heine der gewöhnliche juristische Helfershelfer der Serienloschwindler ist. Daß in dieser Unterstellung eine schwere Beleidigung liegt, ist ohne weiteres klar und das dürfte auch von ihrem Urheber gewollt sein. Dr. Wittern verfolgte jedoch weiter den Zweck, die Anschuldigungen unseres Genossen Schwarz gegen den Serienloschwindel abzuwehren, denn es macht doch einen mißbilligen Eindruck, wenn ein Sozialdemokrat das verurteilt, was er andere fördert. Mit ironischem Lächeln wandten sich die Besucher der Bürgerchaftssitzung bei der oben zitierten Stelle aus Dr. Witterns Rede nach der Saalgegend, wo unsere Genossen saßen. Gläubten sie doch, der Dieb habe gefressen. Uns schien aber, als ob Herr Dr. Wittern sich mißbilligend einer leichtfertigen Verdächtigung schuldig gemacht hätte, und deshalb schrieen wir an dem der Bürgerchaftssitzung folgenden Tage, daß uns nicht einmal bekannt sei, ob Heine jemals auch nur Serienloschwindler vor Gericht vertreten hätte; jedenfalls würde er, wie jeder andere rechtlich denkende Mensch den Serienloschwindel entschieden verurteilen. Nachdem das amtliche Stenogramm vorlag, haben wir nicht erzwangelt, dem Genossen Heine Kenntnis von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu geben. Die darauf eingegangene Antwort läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; es heißt in derselben u. a.: „Die Behauptung, daß ich durch spitzfindige juristische Kniffe die Serienloschwindlergesellschaften gewissermaßen ermöglich und ihre Statuten gemacht hätte, ist absolut un wahr, und meines Erachtens muß Herr Rechtsanwalt das auch gewußt haben.“ Somit erscheinen die gegen den Genossen Heine gerichteten Äußerungen des Dr. Wittern als niedrige Verdächtigungen, die jedoch nicht denjenigen treffen, auf den sie gemünzt sind; im Gegenteil, der giftige Pfeil prallt auf den Schützen selbst zurück.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm zunächst die Abrechnung über die Meißner entgegen; dieselbe wies einen erheblichen Ueberschuß auf. Nach kurzer Debatte erhielt Genosse Wiffell das Wort zu seinem Vortrage über das Thema „Die Vererbungstheorie im Dienste der Klassenherrschaft.“ Redner erinnerte zunächst an eine frühere Bürgerchaftssitzung, in welcher von seiner Seite die Einheitschule befürwortet worden war; damals wurde ihm von verschiedenen Seiten entgegengehalten, daß die Kinder der Vorklassen der höheren Schulen, also die Angehörigen der besthenden Klassen, mehr Intelligenz mit in die Schule bringen, als die Arbeiterkinder, deren Auffassungsvermögen weit schwerfälliger sei. Dieser Gedanke, der bereits von ihm, dem Vortragenden, in der Bürgerchaftssitzung scharf kritisiert wurde, wird nunmehr von dem Direktor der Realschule, Sebald Schwarz, weiter gesponnen in einem Vortrage, der dieser Tage in den „Lübeckischen Blättern“ enthalten ist. In demselben heißt es, daß sich im Laufe der Generationen durch geistige Arbeit das Gehirn verfeinert; in den sozial höher stehenden Kreisen erhalten die Kinder auch einen größeren Wort- und Begriffsreichtum, ebenso ist auch hier der geistige Schwung, der den Kindern mitgegeben wird, im allgemeinen ein bedeutenderer. So äußert sich Herr Schwarz, dessen Anschauungen von der Vererbung sich jedenfalls auf die Darwinische Theorie stützen sollen. Darwin behauptet nämlich, daß die während des Lebens erworbenen Eigenschaften zum Teil auf die Nachkommen übergehen und dadurch eine Vervollkommnung eintreten wird. Wenn auf Grund dieser Annahme jedoch Schwarz meint, daß in den besseren Schichten auch eine Verfeinerung des Gehirns Platz gegriffen hat, so wird dadurch allein schon die ganze Oberflächlichkeit seiner Ausführungen bewiesen. Die besthende Klasse ist noch lange nicht gleichbedeutend mit geistigen Arbeitern. Auch die Arbeiterkassette hat sich geistig weit vervollkommen, und die Degenerierung der Arbeiterklasse ist durch die Verlängerung der Arbeitszeit dauernd befestigt worden. So ist beispielsweise die englische Arbeiterkassette unter der Wirkung der Arbeiterkassette wieder gesunder; zuerst allerdings körperlich, dann jedoch auch in geistiger Beziehung. Man hält die Differenzierung des Gehirns annehmend auch in Lübeck bereits für bestehend, und deshalb tritt man dafür ein, daß die Kinder reicherer Leute in besonderen Schulen unterrichtet werden. Wäre es wirklich Tatsache, daß die Arbeiterkassette durch ihre Geburt geistig minderwertig gegenüber den Kindern der Bourgeoisie sind, so könnte man es verstehen, wenn die besthenden Klassen sich das zu nütze machen und durch entsprechende Wahlformen sich bedeutende Vorrechte sichern würden. Die Anschauungen und die Behauptungen des Herrn Schwarz sind jedoch ebenso plump und gedankenlos wie unbegründet; der Herr hat es vornehmlich vergessen, für seine Lehre auch Beweise beizubringen. Dafür stehen jedoch der Autorität des Realschuldirektors Schwarz Autoritäten gegenüber, die ihn vielleicht so weit überragen, wie er etwa einen Vototuben. Redner führt eine ganze Reihe als Beweis an. Friedr. Alb. Lange schreibt u. a., daß entweder die Arten in plötzlicher Katastrophe ganz ausgerottet werden oder in der Masse verschwinden. Für die Zukunft wird es zu keiner Spaltung der Menschheit, auch nicht in geistiger Beziehung, kommen, denn die Geldaristokratie geht von dem Prinzip des bloßen Erwerbs nicht ab. Die unüberwindliche Kapitalmacht ist jedoch nur ein Stolz mit tönernen Füßen. Herr Schwarz kennt anscheinend die Schriften Langes nicht, und deshalb konstruiert er sich willkürlich seine unhaltbare Vererbungstheorie. Jedes menschliche Wesen ist berechtigt zur Freiheit, zur Bildung und zum Genuß. Was die moderne Naturwissenschaft über die Vererbungstheorie lehrt, das weist weit von dem ab, was Herr Schwarz sagt. Es ist durchaus nicht sicher, daß sich wie physische auch psychische Eigenschaften auf die Nachkommen übertragen. So wird beispielsweise nicht die geringste Sprachvorstellung vererbt. Ein Kind deutscher Eltern, das in Deutschland geboren, gleich nach der Geburt anderssprachigen Leuten übergeben wird, zeigt niemals auch nur eine entfernte Neigung zum ungewählten Gebrauch der Sprache seiner Eltern. Weiter zitiert Redner noch die Gelehrten Weismann, Stadner, Jodel u. a., um damit den Nachweis für die Unrichtigkeit der Schwarz'schen Behauptungen zu führen. Angehören sei noch lange nicht gleichbedeutend mit vererbt. Weismann sagt, daß die Steigerung des Intellekts durchaus nicht notwendig verbunden zu sein braucht mit einer weiteren Entwicklung der Menschheit. Sogar eine in Lehrerkreisen gebräuchliche Enzyklopädie warnt vor einer Ueber-schätzung der psychologischen Vererbungstheorie. Das alles

geht Herr Schwarz nicht zu wissen, und dennoch stellt er sich hin, um für die Aufhebung des Gesetzes zu plädieren, der lautet: alle Menschen, gleich geboren, sind ein abgibt Geschlecht! Erklären die Behauptungen des Dr. Schwarz zu, dann müßte man an der Hebung und Weiterentwicklung der Arbeiterklasse verzweifeln. Glücklicherweise ist das jedoch nicht der Fall; notwendig ist nur, daß dem Arbeiter Gelegenheit geboten wird, sich geistig weiter zu entwickeln, und dafür tritt die Sozialdemokratie überall in einer Linie ein. (Lobhafter Beifall.) Da es nicht möglich ist, in einem kurzen Bericht den gesamten Inhalt eines Vortrages wiederzugeben, so beschloß die Versammlung, daß Wiffel sein Material in einer Broschüre im "Volksboten" wiedergeben möchte. Der Referent erklärte sich hiermit einverstanden. Im Verschiedenen wünschte Genosse Lwowitz, daß auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins über die wirksame Bekämpfung unserer Gegner referiert werde; weiter hält er eine Frauenversammlung für notwendig. Beide Vorschläge will der Vorstand in Berücksichtigung ziehen. Nach Einbringung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Die Herren Meister am Backtrog, soweit sie dem Zweigverbande Nordens der Bäckereimengen "Germania" angehören, haben in der Zeit vom 10. bis 12. Juni hier eine Zusammenkunft abgehalten, deren Verlauf beweist, daß es ihnen gewiß nicht gerade schlecht geht. Der wesentliche Teil des Programms bestand aus Festlichkeiten, an denen sich die meist erkrankten abgerufenen Meister sehr zahlreich beteiligten. Doch auch "ernste Arbeit" wurde verrichtet, d. h. es wurde nach Mitteln und Wegen gesucht, um zu verhindern, daß die Verhältnisse im Bäckergewerbe für die Gesellen erträglich werden. Herr Blindmann - Hamburg, der selbst einmal ein stammes Mitglied der Gehilfenorganisation war, sich jetzt jedoch zu einem Volksfeind ärgster Sorte entwickelt hat, unternahm es, den anwesenden Leuten vorzureden, sie könnten die Entwicklung der Dinge aufhalten, wenn sie einen Arbeiterschuttsverband im Bäckergewerbe gründen. Zur Begründung führte Blindmann an:

Die Notwendigkeit, sich gegen den Ansturm von sozialdemokratischer Seite zu schützen, trete immer dringender hervor, und es müßte unbedingt ein Weg zur Abwehr gefunden werden. Es sei deswegen beschlossen worden, neben dem Germania-Verbande einen Arbeiterschuttsverband zu schaffen, der außerhalb der Gewerbeordnung stehe und das Recht hat, Gelder zu sammeln, um für einen Kampf gewappnet zu sein. Dieser Weg sei zuerst von den Metallindustriellen beschritten worden und sie hätten glänzende Erfolge erzielt. Das Zukunftsziel des Metallarbeiterverbandes vor dem Verbande deutscher Metallindustrieller beweist auf's schlagendste, was eine gut organisierte, opferfreudige Arbeiterschaft erreichen könne. Darum verdiene das Beispiel der Metallindustriellen Nachahmung auch im Bäckergewerbe, wolle dieses sich nicht der Gefahr aussetzen, von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation überannt zu werden. Ja das Bäckergewerbe bedürfe vor allen Dingen dieser Organisation, denn es könne nicht wie fast jedes andere Gewerbe seinen Betrieb auf einige Tage einstellen oder einen Teil der Gesellen aussperrern oder einzelne Betriebe schließen. Sollten die Bäcker ihre Existenz nicht verlieren, müßten sie jede Nacht an der Arbeit sein. Die Bäckermeister hätten daher das lebhafteste Interesse daran, daß ihnen die Gewerkschaft nicht über den Kopf wachse. Eine andere sehr gefährliche Waffe der Gewerkschaft sei der Boykott, durch den gleichfalls leicht eine Existenz vernichtet werden könne. Gerade die eigenartige Lage des Bäckergewerbes erfordere es, daß Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen würden. Das letzte Jahr und ganz besonders das letzte Frühjahr habe gezeigt, daß wütlich Gefahr im Verzuge sei. Nicht nur in den großen, sondern auch in sehr vielen kleinen Städten habe die Gewerkschaft die Innungen bezwungen und die Meister zur Annahme ungünstiger Bedingungen genötigt. Er erinnere nur an Stettin, Danzig und insbesondere an Berlin, wo die Bäckereimänner der sozialdemokratischen Gewerkschaft Zugeständnisse im Lehrlingswesen und Arbeitsnachweis gemacht hätte, die sehr zu bedauern seien.

Es ist nicht notwendig, erst besonders zu sagen, daß sich die Bestrebungen der von Herrn Blindmann mit Absicht fälschlich als sozialdemokratisch bezeichneten Bäckereigewerkschaft nicht gegen das Bäckergewerbe oder auch nur gegen die Bäckermeister richten. Der Bäckerverband erstrebt mit vollem Recht eine wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder und erweist damit der Allgemeinheit einen Dienst. Noch in jedem Berufe haben die Arbeitgeber sich getraut, freiwillig Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen einzutreten zu lassen, und doch ist kein Gewerbe, das dem dahingehenden unwillkürlichen Drängen der Arbeiter hat nachgeben müssen, hieran zu Grunde gegangen. Herr Blindmann und seine Glaubensgenossen wollen jedoch jeden Fortschritt hindern, deshalb suchen sie mit allen Mitteln die Bestrebungen der Gesellen zu bekämpfen. Als Ideal schreibt ihnen das Vorgehen des Metallindustriellenverbandes vor. Das Zukunftsziel des Metallarbeiterverbandes, wie Herr Blindmann so schön sagte, hat zwar in Wirklichkeit nicht stattgefunden, aber man hätte es doch wenigstens gern gesehen, und so wird das als geschehene Tatsache bezeichnet, was niemals eintreten wird. Zu bedenken ist ferner, daß zwischen der mit Millionen arbeitenden Metallindustrie und dem Bäckergewerbe ein solcher Unterschied besteht, daß dieses Vorbild nie auch nur entfernt erreicht werden kann. Natürlich hat der Hamburger Meister seine Kollegen begeistert, denn sie spendeten ihm stürmischen Beifall und stimmten seinem Vorschlag zu. Dann begaben sie sich hochbefriedigt nach dem Kaiserweinkeller, um beim frohen Schmaus und Becherklang das graue Glend ihres Gewerbes zu vergeffen und zu verdrängen. Wir müßten ihnen sicher ihr Vergnügen nicht, und wünschen nur, daß die Gesellen es auch so haben könnten. Jedenfalls wird der festere Zusammenhalt der Bäckermeister als Folge den festeren Zusammenhang der Bäckergesellen zeitigen. Und damit hat die Bäcker Tagung der Bäckereimengen "Germania" wenigstens etwas gutes geschaffen.

Nachklänge vom Kutscherstreik. Bekanntlich war es den hiesigen Koll- und Bloßwagenkutschern im Frühjahr gelungen, durch Abschluß eines Tarifvertrages eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Nur einzelne wenige Firmen haben sich nicht veranlaßt, dem Tarifvertrage beizutreten. Zu diesen gehört auch der Fuhrunternehmer S. Wigger, Laßweg 5. Dieser Herr hatte sich nach Beendigung des Streiks seinen Leuten gegenüber zur Anerkennung des Streiks bereit erklärt und auch am ersten Lohnzahlungstage den tarifmäßigen Lohn bezahlt. Hierbei aber bemerkte er, daß er fortan nur noch 22 Mark, also 1 Mark weniger als vereinbart,

zahlen könne. Die Folge waren seitens der hiesigen Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes eingeleitete Unterhandlungen, wobei Herr Wigger erklärte, daß ein mit einer Sonderklausel vereinbarten Tarif ihn an der Zahlung der 23 Mark hindere; er könne, so lange dieser Tarif noch Giltigkeit hätte, bei Zahlung eines solchen Lohnes nicht mehr verdienen, 22 Mark wolle er geben, in wenigen Wochen aber würde er auch 23 Mark zahlen können. Weiter verlangte Herr Wigger, daß an jedem Sonntage ein Kutscher von 1-7 Uhr Stallwache haben solle. Die Kollegen der Firma Wigger traten hierzu zusammen und erklärten sich des lieben Friedenswillen mit dem Angebots, vorläufig 22 Mark Wochenlohn, einverstanden, forderten jedoch für die Sonntags Stallwache eine geringe Entschädigung. Diese Forderung wurde Herrn Wigger mit der Bitte um halbtägige Rücksäufung unterbreitet; der Herr hielt es jedoch trotz mehrfacher Mahnung nicht für nötig, zu antworten. Er sollte auch nicht noch mehreren Wochen den Lohn von 23 Mark, sondern nahm Arbeitskräfte zum Wochenlohn von 18 Mark und 21 Mark an und machte ihnen Kutscher auch noch Abzüge für einen Festtag. Ferner bezahlte er für Überstunden überhaupt nichts. Bei dieser Sachlage blieb den Kutschern nichts anderes übrig, als nunmehr gegen die Firma vorzugehen. In einer gestern abgehaltenen starkbesuchten Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes wurde einstimmig beschlossen, über den Betrieb des Fuhrunternehmers S. Wigger die Sperre zu verhängen. Die dort noch in Beschäftigung stehenden Kollegen haben Sonntags ihre Kündigung einzureichen. Die Klärung des Sachverhalts wird zweifellos dazu beitragen, daß kein Kutscher und kein Arbeiter Arbeitsangebote bei Herrn Wigger annimmt, ehe nicht die Differenzen durch Anerkennung des Tarifs geschlichtet sind.

Die neue Anleihe bildete den Gegenstand der geheimen Beratung der letzten Bürgerstättung. Das amtliche Protokoll verzeichnet hierüber folgende Angaben: Der ständige Senatskommissar überreichte ein Senatsdekret vom 23. Mai 1906, ausweislich dessen der Senat bei der Bürgerstättung beauftragt, daß zur Beschlußfassung über die Höhe einer aufzunehmenden neuen Staatsanleihe und für die zu diesem Zwecke einzuleitenden Verhandlungen und den Abschluß solcher Anleihe eine Geheimkommission ernannt werde, welche für diese Angelegenheit die dem Bürgerausschuß wie der Bürgerstättung zustehenden Befugnisse ausüben hat. Der Bürgerausschuß hat sich gutachtlich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerstättung ausgesprochen. Die Bürgerstättung erteilte die beantragte Mitgenehmigung. Es ward beschlossen, in die Geheimkommission 15 Mitglieder zu wählen.

Zur Ausbeutung der Malerlehrlinge. Wenn in geregelten Verhältnissen diese Lehrlinge im allgemeinen schon über Gebühr ausgebeutet werden, so geschieht das noch viel mehr während der jetzigen Aussperrung der Gehilfen. Die Behörde kümmert sich anscheinend bligwenig darum, ob das Gesetz zum Schutze jugendlicher Arbeiter auch von Seiten der Arbeitgeber innegehalten wird oder nicht. Obgleich auch hier in Lübeck gleiches Recht für alle gelten soll, so finden doch die Meister nach eigener Aussage behördlicherseits das größtmögliche Entgegenkommen. Sonst wäre es ja auch nicht möglich, daß die überaus große Ausbeutung der Lehrlinge während der Aussperrung der Gehilfen ungeschehen bleiben könnte. Wer hätte in jetziger Zeit noch seinen Malerlehrling abends spät von der Arbeit heimkehren sehen? Ja, auch an den Sonn- und Festtagen hat man häufig Gelegenheit, Lehrlinge in voller Beschäftigung zu finden. Die Lehrlinge erhalten ja zum Teil für ihre Arbeitswilligkeit Bezahlung (im entgegengelegten Falle soll es sogar Backpfeisen geben), aber die Bezahlung kann doch für die Behörde kein Grund sein, nicht gegen diesen Unfug einzuschreiten. Wenn nun in diesem Falle die Behörde verlagert, so ist es deswegen Pflicht der betreffenden Eltern, dafür zu sorgen, daß ihren Söhnen, also den Lehrlingen, die gelegnabigste Ruhezeit von ihren Meistern gewährt wird. Die Entschädigung, welche die Lehrlinge erhalten, wiegen lange nicht den Nachteil von dieser überaus langen Arbeitszeit auf. In diesen Jahren befindet sich der Körper noch in der Entwicklung, und soll die geistige wie körperliche Ausbildung nicht leiden, so ist es dringend notwendig, daß neben der Arbeit auch noch genügend Zeit zur Ruhe und Erholung bleibt. Welcher Unfug mit den Lehrlingen getrieben wird, ist ungläublich. Nicht genug damit, daß die Meister schon von einem zum andern laufen, um den durch die Aussperrung erzeugten Druck einigermaßen erträglich zu machen, werden auch die Lehrlinge im weitesten Maße als Hausreicher benutzt. Also mögen alle Eltern, die wollen, daß ihre Söhne auch einmal tüchtige Menschen werden, dafür sorgen, daß erstens die übergroße Ausbeutung aufgehört, und daß zweitens gegen das Verleihen der Lehrlinge energig Protest bei den betreffenden Lehrherren eingelegt wird.

Deffentlich Schlachthof. Im Mai 1906 wurden geschlachtet: Ochsen 64, Bullen 22, Kühe und Starke 703, fetter Kälber 578, magerer Kälber 580, Lämmer 5, Ziegen 42, Schweine 2183, Schafe 241, Pferde 48, zusammen 4536 Tiere, gegen 4779 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen eiteriger Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen Bauchfellentzündung, 3 Schweine wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Schwein wegen Bauchfell- und Blasenentzündung, 1 Schwein wegen Schweinepeste und hochgradiger Abmagerung, 1 Schwein wegen Rachitis mit Abmagerung, 1 Schwein wegen Selbsttötung, 1 Schwein wegen Tuberkulose mit frischer Blutinfektion, 1 Schwein wegen Pyaemie, 2 Auf der Freibank wurden verkauft: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen traumatischer Herzbeutelentzündung, 9 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Kallablagung, 1 Schwein wegen Selbsttötung, 1/2 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 3 Im Dampf-Desinfektor gekocht wurden: 4 Schweine wegen Tuberkulose, 1/2 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 4. Dem Tiergarten zur Fütterung der Tiere übermiesen: 1 Kalb wegen mangelhafter Ausblutung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 995 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 626 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe unterjucht. Davon wurde eine Rinderlunge wegen Tuberkulose beanstandet. — Trotz der niedrigen Schweinefleischpreise ist demnach die Zahl der Schlachtungen um 243 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres, in der ich die Teuerung herrschte, zurückgegangen. Damit ist der Beweis geliefert, daß die Volksernährung seit Jahresfrist ständig schlechter geworden ist.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Für die am Sonnabend, den 16. Juni stattfindende Eröffnungs-Vorstellung unter der Direktion

Biorowski gibt sich bereits ein reges Interesse kund, deshalb möchten wir raten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen; dieselben sind für die Minna von Barnhelm" - Vorstellung nur bei F. W. Kappel und Otto Borchert, Breitenstraße, zu haben, da die Theaterkasse erst Sonnabend um 11 Uhr für den Vorverkauf geöffnet werden kann. Neu engagiert sind bis jetzt die Liebhaberin Frey Mauro vom Stadttheater in St. Gallen (Direktion Gotsche) und Fr. Wurchardt vom Deutsch-amerikanischen Theater in Berlin. Herr Paul Gewinner vom Wiener Kaiser-Judäums-Theater, Herr Armand Genich vom Stadttheater in Grauberg und Herr Otto Kippert vom Intimen Theater in Nürnberg. Sonntag findet die erste Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen statt, wie aus dem Inserat ersichtlich.

Cholerae Zeichen. Nachdem die Schweinepeste auf dem Gehöfte des HOLLÄNDERS Diek hier selbst, Wiedestraße 14, erloschen ist, hat das Polizeiamt die in Anlaß der Seuche angeordneten Feuerregeln aufgehoben. — Die Mollausseuche auf dem Gehöfte des Schmiedemeisters Krebs zu Travemünde ist erloschen. Die über den Schweinepestfall des Genannten verhängte Sperre ist aufgehoben.

Handelsregister. Am 11. Juni 1906 ist bei der Firma Friedrich Grimm in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers J. J. H. Kröger in Lübeck wurde, nachdem die Schlussverteilung erfolgt ist, aufgehoben.

Städtisch abgelassen. Am Dienstag nachmittag fiel der Arbeiter Höppler, beschäftigt bei der neuen Kaimauer, unweit der Drehbrücke, beim Hiesauschieben ins Wasser; es war als ein Glück zu betrachten, daß H. schwimmen konnte, denn dadurch konnte er sich retten, obwohl er recht unglücklich zwischen zwei Schuten fiel.

Die Wasserwärme des Krähentischs betrug gestern 20 1/2 Grad Celsius.

Die Gerichtsferien beginnen nach § 201 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes jedes Jahr am 15. Juli und endigen am 15. September. Während dieser Zeit werden nur in dringenden Angelegenheiten Termine abgehalten und Entscheidungen gefällt. Solche Angelegenheiten sind Strafsachen, Anrechtsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktsachen, Wirtschaftigkeiten, Wechsel- und Bausachen, wofür über die Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Das Gericht kann indessen auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienfachen, also als dringende Sachen bezeichnen. Die gleiche Befugnis hat, vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts, der Vorsitzende. Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Gerichtsferien ohne Einfluß. Im Zivilprozeß wird der Lauf der Fristen durch die Gerichtsferien gehemmt.

Diebstähle. Einem Kaufmannslehrling ist am 11. d. M., nachmittags, in der Badeanstalt am Finzenberge während des Badens seine silberne Schlüsseluhr, sog. Kapseluhr, mit Stein gestohlen worden. In dem einen Deckel der Uhr ist der Name "H. Schärmer" eingraviert. — In verfloßener Nacht wurde ein im Garten des Restaurants "Moislinger Baum" stehender Chokoladenautomat erbrochen und daraus etwa 100 Tafeln Chokolade gestohlen. — Bei einem Uhrmacher in der Sollenstraße wurde in verfloßener Nacht ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe wurden jedoch verjagt.

Entin. Gemeinderat. In seiner letzten Sitzung bewilligte der Gemeinderat den städtischen Lehrern Gehaltsaufbesserungen. Besonders angenehm wird von den Lehrern empfunden werden, daß die Zulagen in zweijährigen Fristen gegeben werden, während bisher Zulagen in Fristen von drei Jahren gegeben wurden. Jetzt ist auch endlich die reine Alterskala an Stelle der Stellenkala zur Wirkung gelangt.

Neudöbber. Großfeuer. Montagmittag brach beim Gastwirt Böhrsen ein Schuppenfeuer aus. Das Gewebe wurde eingedächert und es konnte nichts gerettet werden. Vom angrenzenden Gewebe des Bäckermeisters Rehsse brannte der Dachstuhl nieder.

Bremen. Pestverdächtig. Der Iobben von La Plata über Hamburg hier eingetroffene Sanftdampfer "Wolfsburg" ist, der "W.-S." zufolge, unter gesundheitspolizeiliche Aufsicht gestellt worden, da in Hamburg bei der Entlochung der Ladung tote Ratten gefunden wurden, die von der Hamburger Behörde als pestverdächtig eingeliefert worden sind.

Seite Nachrichten.

Sagan. Dienstag früh gab der 24jährige Spinner Paul Schulte von hier auf seine Geliebte, die 18jährige Martha Nowigla, mit deren Einverständnis mehrere Revolverkugeln ab und verletzte sie lebensgefährlich. Hierauf erschoss er sich selbst.

Hannover. Nach Genuß von rohem Fleisch erkrankte die Familie des bei den Egesdorfer Salzwelten beschäftigten Kutschers Kraimaier. Eine Tochter ist bereits gestorben. Kraimaier und die anderen Kinder liegen schwerkrank darnieder.

Oberhausen. Die Kriminalpolizei verhaftete einen gefährlichen argentinischen Mädchenhändler, der hier mit zwei Opfern aus Köln angekommen war.

Essen. In Unter-Meiderich erschoss ein Bergmann seinen Schwager aus Eifersucht und stellte sich selbst.

Duisburg. Auf dem Rhein am Eingang zum Südhafen kenterte Dienstag mittag ein Kahn mit sechs Insassen, die zum Fischen ausfuhren. Dem "Duisburger Generalanz" zufolge sind vier Bootsinfallen ertrunken.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Anlaufstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch nachmittag geschlossen.

Eierschanz-Viehmarkt. Hamburg, 12. Juni 1906. Der Schweinehandel verlief ruhig. Zugesührt wurden 4000 Stück, davon vom Norden - Stück, vom Süden - Stück. Preis: Verkaufsschweine: Schwere 63-64 Mk., leichte 65-66 Mk., Sauen 55-60 Mk. und Ferkel 62-65 Mk. pro 100 Pfund.

Franz Schlutow
Christine Schlutow, geb. Schmidt,
Bermühle.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu
unserer Hochzeit danken herzlich D. D.
Für die Unterstützung, welche uns von den Ar-
beitern und Arbeiterinnen der Lubecaverke zu
teil wurde, herzlich Dank M. Moll u. Frau.
unserm Kollegen A. Lutzke zu seiner Sit-
bernen Hochzeit ein donnerndes Hoch.
Die Bauarbeiter
Fadenburgs und Umgegend.

Zu vermieten eine Stube
leer oder möbliert
Attendorferstraße 50, 11.

Fremdliches Logis zu vermieten
Auaufsenstraße 18.

Ein leeres oder möbl. Zimmer
zu vermieten
Segebergstraße 4, 11.

Eine Dreistuben-Wohnung
mit allem Zubehör zum 1. Juli zu vermieten
Buckelstraße 4

Zu vermieten
die zweite Etage Hürterdamm 10
Näheres im Laden.

Durch Zufall eine freundl. Zweizimmer-
wohnung mit Zubehör zum 1. Juli zu ver-
mieten Preis 180 Mk.
Hundestraße 33, vt

Eine Zweistuben-Wohnung
zu sofort zu vermieten Preis Mk. 190.
Hundestraße 13.

Umstände zu sofort oder 1. Juli 11. freundl.
Wohnung, 2 Stuben, Küche u. Keller, für allein-
lebende Frau oder 2 einz. Leute zu vermieten
Vorbeckstraße 18a, Hölthentor.

Gef. zu sof. 1 größeres Pantwädchen
Lindenstraße 48a, 1

Gesucht noch einige Mädchen u. Frauen
zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei,
sowie Musterzeichnen und Zuschneiden
Bercebalkstraße 51, 11., vor dem Hölthentor

Gesucht eine ordentl. Wäschefrau
für Montags
An der Mauer 114.

Ein Schuhmacher gesucht.
Bernhard. Hürterdamm 10.

Zu kaufen gesucht
ein guterhalt. Fahrrad
Off m. Preisang. unt. W. H. a. d. Erb d. Bl.

Zu verkaufen günstig u. billig ein Haus
mit Werkstatt für Tischler,
Maler, Schlosser u. Disecten unter W. G. D.
an die Erbd. d. Bl.

Ein Haus in der Stadt
ohne Hof mit 2 Wohnungen und Laden billig
zu verkaufen Näh. Warendorferstraße 14.

Ein Haus in ichh. Quertstr. mit 3 Woh-
nungen, auch zu kleinem Geschäft passend, zu verk.
Näheres unter A 1 an die Erbd. d. Bl.

**Ein selbstgemachter guterhalt. Küchen-
schrank** mit Vorbaufab billig zu verkaufen.
Drögestraße 26, 1 Et.

Ein fast neues Fahrrad
ist preiswert zu verkaufen. Schörlkampstr. 5
Zu besichtigen nach 7 Uhr abds. 2. Etage

Zu verk. 1 guterh. Kinderwagen.
Felderstraße 3a.

**Zwei fast neue Frachs und eine Hand-
nähschneidm. zu verkaufen**
Weidenerstraße 14 a.

Ein Kinderfahrgewagen zu verkaufen
Lützowstraße 42, 1.

1 Halbbrenner
billig zu verkaufen. Sandstraße 28.

Ein starker Riebbund
zu verkaufen. Fleischhauerstr. 20, 1.

Kräut. Kohl- u. Stiekrübenpflanzen
hat preiswert abzugeben.
H. Lütgens, Schuhmacher, Fadenburg.

Ein armes Mädchen wünscht einen 5 Monate
alten Knaben für eigen oder in Kost und
Pflege zu geben. Zu erfragen
Glandorferstraße 27 a.

Für getragene Kleidungsstücke sowie
Fahzeug werden hohe Preise bezahlt.
Vorkasse genügt.
Marlesgrube 38.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen,
Grimm's
feinst. Doppelkummel, Krummesser,
Buntekuh-Kummel
empfehlen zu billigsten Preisen.
Carl Grimm
Wein- u. Spirituosenhandlung.
Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

215. Kgl. Preuß. Klassen-Lotterie.

Lose zur ersten Klasse vorrätig.
Die bisher gespielten Lose bleiben für die Spieler bis inklusive
15. Juni reserviert.
Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer,
Braunstr. 36.

Von der internationalen Bibliothek erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren.	geb. Wrt.	2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" "	2,50
Bebel, Charles Fourier,	" "	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" "	1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" "	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" "	2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	" "	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	" "	3,50
H. Lux, E. Cabet und der utopische Kommunismus	" "	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" "	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" "	3,—
Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik	" "	2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung	" "	2,—
K. Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland	" "	2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan
ist das beste.
Zu haben in allen besseren Geschäften.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Zahlstelle Lübeck.

Ausflug

per Sonderzug

nach Ratzeburg

am Sonntag den 17. Juni 1906.

Abfahrt Lübeck mittags 11 Uhr 50 Min. } Fahrpreis 80 Pfg.
Abfahrt Ratzeburg abends 11 Uhr 25 Min. }
Zum Empfang ist am Ratzeburger Bahnhof eine Musikkapelle anwesend.
Um zahlreiche Beteiligung eruchtet

Die Ortsverwaltung.

NB. Diejenigen, welche schon Karten von den Betriebskassieren entnommen haben, können
selbige in unserem Bureau, Johannisstraße 48, part. 1 St., von Donnerstagabend den 14. Juni
gegen eine Fahrkarte umtauschen

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.
5-10⁰ per Pfund zahlb. für Hausstands-
lampen bis auf weiteres.
37 Alstraße 37.
Geöffnet von morgens 7 bis abends 8 Uhr.

Achtung!

Das aus der Plessmann'schen
Konkursmasse
übernommene Warenlager, als:
Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Kautabak,
Zigarrenspitzen, Pfeifen,
sowie
ein großer Posten Papierwaren, als: Brief-
papiere, Lintenfässer, Schreibzeuge, Notizbücher,
Archiv-Papier, Winkel, Gratulationskarten
für alle Gelegenheiten, Weißdorn u. c. sollen
bis auf weiteres zu noch billigeren Preisen als
wie bisher anverkauft werden.

Verkaufsort
45 Huxstr. 45.
Ein großer Posten
Arbeitschuhe
feste Handarbeit, sehr billig.
38 Marlesgrube 38.

Frische grüne
Stachelbeeren
kaufen täglich jedes Quantum
Spethmann & Fischer
Tel. 102. Beckergrube 59.

Oeffentliche
Kartell-
Verammlung
am Donnerstag den 14. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Gewerkschaftsfest.
Um vollständiges Erscheinen der Delegierten er-
sucht
Die Kartellkommission.

Achtung Steinseher!
und verw. Berufsgenossen.

Verammlung
morgen Donnerstag, 14. Juni
abends 9 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Klassenabrechnung
2. Politischer Massenstreik.
Referent: Reichstagsabg. Th. Schwarz.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet
Der Vorstand

Hansa-Theater

Heute Donnerstag, 14. Juni,
abends 8 Uhr.
Zum 3. Male:

Der
Raubmörder

Urk. Burlesque in 5 Bildern
von Millowitsch.
Zum Tötlachen!
Vorverkauf bis 5 Uhr abends im Zi-
garengeschäft Sager und an der Tages-
kasse.

Variété Universum.
Heute Mittwoch:
Große humoristische
Dauer-Vorstellung
zu Gunsten d. S.
i. N. B. „Sicher wie Gold“.
Riesen-Programm.
Anfang 8 Uhr Ende 2 Uhr.
Eintritt 20 Pfa.

Stadthallen-Theater.
Direktion: L. Piorkowski.
Sonntag, den 17. Juni. 7 1/2 Uhr.
1. Klassiker-Abend
zu ermäßigten Preisen.
Schülerbillets auf allen Plätzen 50 Pfa.
Minna von Barnhelm.
Luftspiel in 3 Akten v. Lessing.
Sonntag den 17. Juni 1906. 7 Uhr.
1. große Doppel-Vorstellung
zu einfachen Preisen.
Doktor Clans. Hierauf: Hans Hucklebein.
Billets im Vorverkauf bei F. W. Raibel
und Otto Borchert, Breitestr., billiger.
Duzenbillets nur im Theaterrestaurant

Sarg-Magazin
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**
obere Mühlenstraße 13 und kurze Köhnenstraße 116a.
Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.
Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:
Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.
Verleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Städtische Regie oder Pachtssystem im Betriebe der Stadttheater?

Ueber dieses auch für Lübeck besonders wichtige Thema wurde in Stuttgart auf dem Delegiertentag der deutschen Goethebünde verhandelt. Dr. Hellmerz, Bremen referierte. Der Redner führte u. a. folgenden aus: Wir von den Goethebünden haben uns von Anfang an zum Schutze und zur Pflege der wahren Kunst...

welt heuchlerisch abgelehnten Grundsatze: Kunst ist Gerechtigkeit, und der Geschmack der Masse ist maßgebend, und erzieherische Einwirkung auf diesen Geschmack mag der Trüffel kosten; ich bin Theaterunternehmer und kein Kulturfaktor! — Über die Stadtverwaltung, die soll doch wohl ein Kulturfaktor sein?

Die Aufgabe der Stadttheater wird immer weniger barock zu finden sein, ohne neue dramatische Mache und Sordrate zu finden, als die einzelne in der Welt auflebende Theatertruppe echter Kunst und fortschreitender Gesellschafter rasch in lebendigem Kunststil weiter zu entwickeln. Und diese Aufgabe zu lösen, macht das Pacht-

Ueberwachung dem Komitee zusteht. Die Ausführung des genehmigten Repertoires, die Rollenbesetzung und die In-

Diese Ausführungen Dr. Hellmerz gaben Veranlassung zu interessanten Äußerungen des Intendanten des Stuttgarter Hoftheaters, Baron zu Puttk, der seine Zustimmung zum Regiesystem aussprach und auf die in gleicher Richtung arbeitenden und auf die wirtschaftliche Sicherstellung der Bühnenmitglieder hingelende Tätigkeit des Deutschen Bühnenvereins verwies. (Kofürfrage.) Ein künstlerisch gutgeführtes Theater werde auch finanziell gut reüssieren. Dem Publikum freilich komme es in erster Linie auf das „Was“ und erst in zweiter auf das „Wie“ gelegt werden.

Engländer und Bartelleben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Der Streit der Bäcker in Stettin wurde für beendet erklärt. Eine Anzahl Bäckerinnen hat die Forderungen der Gehältern bewilligt. — Wegen Nagregelung eines Kollegen haben 130 Schmiebe der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von R. Sad, Leipzig, Plagwitz, die Arbeit niedergelegt. — Die Kupfererschmiede in Gera sind in den Ausstand getreten. — Erfolgreich beendet sind die Lohnbewegungen der Dachbeder in Wiesbaden und der Glaser in Mannheim. — Der Streit in der Burbacher Hütte (Saargebiet) soll beigelegt sein. — Der in der Burbacher Hütte ausgebrochene Ausstand dort durch Vermittlung des Reichstagsabgeordneten Wolf als beendet angesehen werden.

Zur Banne des Spiritismus.

Bekannt von Friedrich Thieme. (33. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Für seine Eitelkeit?“ warf ihm die Freundin entsetzt entgegen. „Wie kann daran überhaupt ein Zweifel obwalten? Ich werde doch die Schriftzüge meines Sohnes...“ Herr Staatsanwalt, ich weiß wahrlich nicht, was ich denken soll. Wer sollte denn den Brief sonst geschrieben haben? Wer hat Kenntnis von den darin erwähnten Umständen? Denn ich besinne mich noch genau, Better Stephen war in der Tat an jenem Tage auf Hohenhorst, es stimmt jede Einzelheit.

es war notwendig, daß sie sich mit eigenen Augen von dem Entschlichen überzeuge, sie hätte mir, selbst mir, die Totfahne sonst niemals geglaubt. „Die Unglückliche — sie war außer sich!“ „Stumm, so stumm und bleich, wie ich sie noch nie gesehen. Sie sprach kein Wort, sondern ging still weinend hinaus. Das arme Kind, mir blutet meine Seele, wenn ich ihrer gedenke. Die Arznei war fast, aber ich hoffe, sie wird wirksam sein. Agnes ist ein verflüchtiges, aber Mädchen, sie kann keinen unaufrichtigen Lieben, sie wird sicherlich nun von ihrer Verblendung genesen!“ Staatsanwalt Stobäus erwiderte, er wüßte und hoffe es. Er halte es für seine Pflicht, fügte er hinzu, das Dokument, obwohl auch er an dessen Eitelkeit einen Zweifel hege, eingehend zu prüfen, bevor er ihm eine entscheidende Rolle zuerkenne. Er würde überhaupt keinen Augenblick Mißtrauen empfinden, wenn nicht die auffällige Art der Entdeckung wäre — an die Phänomene des Spiritismus, an seine Spirits und Offenbarungen, glaube er nicht. „Wie wollen Sie sich dann aber den Zusammenhang erklären?“ fragte Frau von Tillo, die so viel Unglauben nicht zu begreifen vermochte. „Vorläufig bin ich allerdings um eine ausführliche Erklärung verlegen,“ meinte Stobäus achselzuckend. „Es mag ein eigenartlicher Zufall im Spiele sein, der uns arbeitsamt ist. Ich hoffe, ich werde ihm auf die Spur kommen, bis dahin mögen die Spiritsisten ihren Triumph genießen!“ Am andern Morgen fuhr Stobäus persönlich nach Charlottenburg, um Baron Stephan über die in dem Schreiben angeführten Einzelheiten zu befragen. Der Baron war wie aus dem Wolken gefallen, als er von dem Ganzen hörte, und versichert wiederholt, er könne an die Wahrscheinlichkeit nicht glauben. Allerdings sei es richtig, er sei einmal dazu gekommen, wie Siegfried und Arthur im Ballsaalzimmer saßen, Siegfried habe ihn hinausgeführt und ihm die Beweggründe anzuwandergelegt, aus denen er nicht in die Heimat mit

seiner Schwester willigen könne. Ob gleichzeitig ein Mädchen Kaffee serviert, darauf könne er sich nicht mehr besinnen. Der Staatsanwalt legte ihm dann den Brief vor — Stephan mußte ohne weiteres zugeben, daß dieser allerdings von der Hand seines Vaters herrühre... Von Charlottenburg fuhr der Beamte zur Frau von Tillo, um sich von dem Mädchen, das an jenem Tage angeblich den Kaffee serviert hatte, die sie betreffenden Umstände ebenfalls bestätigen zu lassen. Diga erinnerte sich noch deutlich der Sache, sie hatte unten in der Küche noch den armen Herrn Arthur bemitleidet, weil er so düster aussah und ihn das gnädige Fräulein so liebte. „Er sah düster aus? Was verstehen Sie darunter?“ „Seine Miene war so finster, so traurig.“ „Und er reiste bald darauf ab?“ „Roh am selben Tage.“ Der Staatsanwalt begab sich darauf mit seinem Beweisstück eilig nach seinem Bureau, wohin er telegraphisch zwei der renommiertesten Schriftvergleichler entbieten ließ. Weiden zeigte er den Brief und eine Anzahl anderer bei den Alten beständigen Briefschaften des Ermordeten — nach sorgfältiger Untersuchung erklärten sie übereinstimmend die Handschriften in dem ihnen vorgelegten Schriftstücken für identisch mit der Handschrift des Briefes. Stobäus konnte nun nicht länger zweifeln. Unruhig ging er in seinem Arbeitszimmer auf und ab. „Auch ich habe mich blenden lassen,“ sprach er zu sich selbst. „Kein Wunder, dieser Arthur von Tillo ist ein vollendeter Heuchler, ein abgeleiteter, niederträchtiger Komödiant. Und ich Thor empfand nicht nur Mitleid mit ihm, sondern wählte geradezu das Wesen der Unschuld in seinen Zügen, seiner Sprache zu finden. Man hat noch lange nicht ausgelernt — da hält man sich nun für einen gründlichen Menschenkenner, einen gewiegten Psychologen, und ist bei allem Studium und aller

